

A U F T R A G

betreffend Intervention gegen EU-Schlachttiertransporte auf Schweizer Strassen

Der Entscheid der ständerätlichen WBK, das Transitverbot von Schlachttiertransporten nicht in das Tierschutzgesetz aufzunehmen, setzt ein falsches Signal gegenüber der EU. Nur ein explizites Verbot auf lange Sicht wird EU-Transporteure daran hindern, mit ihrer Lebendfracht die Schweiz zu durchqueren.

Schätzungsweise 30 Millionen Pferde, Rinder, Schweine und Schafe werden jährlich über extreme Distanzen von bis zu 2'500 Kilometern und maximal 90 Stunden durch ganz Europa gekarrt. Die Tiere sind in riesigen, bis zu vierstöckigen Camions eng zusammengepfercht. Dabei existiert nicht einmal eine Transportzeitbeschränkung, sondern lediglich die Vorschrift, nach 24 Stunden Fahrt eine Versorgungspause einzulegen.

Vor derartigen Zuständen ist die Schweiz bisher zum Glück verschont geblieben, da solche Schlachttiertransporte durch die Schweiz bis heute verboten sind. Bei einer Öffnung der Grenzen müsste die Schweiz mit denselben Problemen kämpfen mit denen die EU selbst nicht fertig wird. Transportverstösse bei Langstreckentransporten gehören zur Normalität in der EU. Die häufigsten Verstösse sind Langzeitüberschreitungen, zu hohe Ladedichte, nicht eingehaltene Tränke- und Fütterungsintervalle, fehlende Trennwände, unvollständige und gefälschte Begleitpapiere sowie ungeeignete Fahrzeuge. Hinzu kommt die Gefahr der Einschleppung von Seuchen.

Die geltende Verordnung erlaubt die Durchfuhr von Rindvieh, Wasserbüffeln, Schafen, Ziegen und Schweinen nur im Bahn- oder Luftverkehr (Art 57), (der Transport von Eseln, Pferden und Geflügel ist nicht geregelt). Der Bundesrat kann diese Bestimmung in Eigenkompetenz aus der Verordnung kippen. Bis anhin hat er der Öffentlichkeit zwar mehrfach versichert, dieses Verbot nicht preiszugeben. Es gilt nun eine Lösung für alle Schlachttiere per Gesetz zu finden, damit der Bundesrat auch rechtlich nicht mehr die Möglichkeit hat, diese Bestimmung bei den Verhandlungen mit der EU zu opfern. Die WBK des Nationalrates hatte im letzten Jahr einstimmig die parlamentarische Initiative Marty Kälin gut geheissen, die ein Verbot des Transports von lebenden Schlachttieren durch die Schweiz sowie verstärkte Grenzkontrollen bei Tiertransporten forderte. Die WBK-S hat nun überraschend mit 6:4 die parlamentarische Initiative zurückgewiesen. Mit einer Oeffnung der Grenzen für internationale Tiertransporte könnte die Schweiz zur Drehscheibe für die skandalösen Schlachttiertransporte der EU werden. Sie würde sich damit mitschuldig machen an den grausamen Tierquälereien auf Europas Strassen. Das Ziel sollte sein, dass Tiere, welche zur Schlachtung bestimmt sind, nicht lebend quer durch Europa und durch die Schweiz gefahren werden. Langfristiges Ziel sollte die Schlachtung von Tieren in der Nähe ihres Herkunftsortes sein.

Die Regierung wird nun ersucht, sich für ein generelles Verbot zur Durchfuhr von lebenden Schlachttieren durch die Schweiz einzusetzen und bei den zuständigen Bundesstellen entsprechend zu intervenieren.

Chur, 12. Februar 2008

Gartmann-Albin, Stiffler, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Berther (Disentis), Berther (Sedrun), Bleiker, Blumenthal, Brüesch, Bucher-Brini, Bundi, Campell, Casty, Christoffel-Casty, Darms-Landolt, Dermont, Dudli, Federspiel, Frigg-Walt, Hasler, Jaag, Jäger, Märchy-Michel, Menge, Montalta, Pfiffner-Bearth, Pfister, Stoffel, Thöny, Thurner-Steier, Trepp, Vetsch (Klosters Dorf), Grendelmeier, Locher Benguerel, Loi, Monigatti

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Formatiert: Oben: 1.8 cm



Sitzung vom _____ Mitgeteilt den _____ Protokoll Nr. _____

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom _____ Mitgeteilt den _____ Protokoll Nr. _____

29. April 2008

6. Mai 2008

495

Formatiert: Zeilenabstand: Genau 18.5 Pt.

datum

Protokoll Nr.

AuAuftrag Gartmann-Albin

betreffend Intervention gegen EU-Schlachtiertransporte auf Schweizer Strassen

Antwort der Regierung

Der Transit-Transport von Schlachttieren der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung auf der Strasse ist ~~grundsätzlich bereits~~ nach geltendem Recht verboten (vgl. Art. 57f der Tierschutzverordnung, TSchV; SR 455.1). Erlaubt ist lediglich der Transit von Tieren durch die Schweiz per Bahn- oder Luftverkehr, was allerdings mangels der dazu erforderlichen Infrastrukturen schon seit Jahren nicht mehr praktiziert wird. Im Anhörungsentwurf für eine revidierte Tierschutzverordnung wurde das Transit-Verbot nicht mehr explizit erwähnt. Laut Vernehmlassungsbericht wurde aber ein solches ~~wiederum~~ erneut klar gefordert. In der neuen, voraussichtlich am 1. September 2008 in Kraft tretenden Tierschutzverordnung (nTSchV) ist das Verbot wiederum verankert (vgl. Art. 175 nTSchV).

Aus Gründen der Tiergesundheit bzw. der Tierseuchenpolizei wird es trotzdem nicht mehr möglich sein, das Verbot längerfristig aufrechtzuerhalten, da die Äquivalenz mit der EU in diesem Bereich grundsätzlich bereits hergestellt ist. Allerdings ist die Gleichwertigkeit diesbezüglich nur für die wichtigsten ansteckenden Krankheiten gegeben. So bestehen beträchtliche Unterschiede im Gesundheitsstatus zwischen der EU und der Schweiz bei Krankheiten, die nicht Teil des Abkommens sind, wieso z.B. diebei der IBR bei Rindern, der CAE bei Ziegen oder bei verschiedenen Schweine- und Geflügelkrankheiten. Damit ist grundsätzlich eine Einschleppung dieser Krankheiten im Zusammenhang mit Transit-Transporten nicht ganz auszuschliessen, aber eher unwahrscheinlich.

Daneben besteht auch im Bereich des Tierschutzes grundsätzlich Äquivalenz, weshalb sich auch diesbezüglich das Verbot aus langfristiger Sicht als problematisch erweist. Indessen besteht die Äquivalenz de facto eher nur formell, da in der EU im

Formatiert: Zentriert, Zeilenabstand: Genau 18.5 Pt.

Formatiert: Zeilenabstand: Genau 18.5 Pt.

Formatiert

Formatiert

Formatiert

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert

Formatiert

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Vollzug des Tierschutzes noch enormer Handlungsbedarf besteht existiert. Trotz laufender Verbesserungen seitens der EU gibt es nur wenig relevante Fortschritte zur Annäherung der unterschiedlichen Niveaus. Von tatsächlicher Äquivalenz kann demnach bis, so dass in diesem Bereich bis auf weiteres noch nicht von Äquivalenz gesprochen werden kann.

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert

Formatiert

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Z- und bleibt dies auch gemäss der neuen Verankerung im Tierschutzgesetz (Art. 57f Tierschutzverordnung, SR 455.1) Erlaubt ist demnach lediglich der Transit von Tieren durch die Schweiz per Bahn oder Luftverkehr, was allerdings mangels der dazu erforderlichen Infrastrukturen schon seit Jahren nicht mehr praktiziert wird. Zur Zeit laufen auf Bundesebene diesbezüglich Gespräche mit der EU, bei in welchen sich die Schweiz nach wie vor gegen den Transit von Schlachttieren einsetzt und am Verbot festhält, und zwar, ist doch das Transport-Verbot bis auf weiteres in Kraft.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

wie erwähnt Sie hält hauptsächlich aufgrund der Diskrepanz im Vollzug des Tierschutzes am Verbot fest.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Formatiert: Schriftart: 12 Pt.

Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die EU im Rahmen zukünftiger Verhandlungen den Druck für ihre Forderungen erhöhen könnte, zur Erleichterung des Handels mit Tieren und tierischen Lebensmitteln die Aufhebung des Transitverbotes aufzuheben und den Abbau der die -grenztierärztlichen Kontrollen abzubauen, erhöhen könnte. zu fordern, um den Handel mit Tieren und tierischen Lebensmitteln weiter zu erleichtern.

Formatiert

Dies insbesondere auch darum, weil die Äquivalenz im Bereich Tiergesundheit mit der EU bereits hergestellt ist.

Aus grundsätzlichen Überlegungen ist es somit längerfristig nicht möglich, das Verbot aus tierseuchenpolizeilichen Gründen aufrecht zu erhalten. Allerdings ist die Gleichwertigkeit im Bereich Tiergesundheit nur für die wichtigsten ansteckenden Krankheiten hergestellt. So bestehen beträchtliche Unterschiede im Gesundheitsstatus zwischen der EU und der Schweiz bei Krankheiten, die nicht Teil des Abkommens sind, wie z.B. die IBR bei Rindern, der CAE bei Ziegen oder bei verschiedenen Schweine- und Geflügelkrankheiten. Damit ist grundsätzlich eine Einschleppung dieser Krankheiten im Zusammenhang mit Transit-Transporten nicht ganz auszuschliessen.

Neben seuchenpolizeilichen Aspekten erfolgt das Transitverbot vor allem aber aus tierschützerischen Gründen. So unterliegen Tiertransporte in der Schweiz erheblich strengeren Anforderungen als in der EU, insbesondere hinsichtlich Transportdauer, Mindestladeflächen und den Anforderungen an das Personal. Trotz laufenden Verbesserungen seitens der EU gibt es insbesondere im Vollzug nur wenig relevante



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Stefan Engler

Dr. C. Riesen

Formatiert: Schriftart: 1 Pt.
Formatiert: Zeilenabstand: einfach

I N C U M B E N S A**concernent ina intervenziun cunter ils transports da muvel da maz da la UE sin las vias svizras**

La decisiun da la cumissiun per scienza, educaziun e cultura (CSEC) dal cussegl dals chantuns da betg integrar il scumond da transit per muvel da maz en la lescha federala davart la protecziun dals animals, dat in fauss signal a la UE. Mo in scumond explicit da lunga durada vegn ad impedir las transportadras ed ils transportaders da la UE da traversar la Svizra cun lur vitgira viva.

Tenor stimaziuns vegnan charrads annualmain 30 milliuns chavals, arments, portgs e nursas sur distanzas extremas da fin 2'500 kilometers e da maximalmain 90 uras tras l'entira Europa. Ils animals vegnan stuschads ensemen en camiuns enorms da fin quatter plauns. Suenten in viadi da 24 uras n'exista nagina obligaziun da restrenscher il temp da transport, mabain sulettamain la prescripziun da far ina pausa da provediment.

La Svizra è per fortuna vegnida schanegiada fin ussa da talas circumstanzas, perquai che tals transports da muvel da maz tras la Svizra èn scumandads fin oz. Sch'i vegnissan averts ils cunfins, stuess er la Svizra cumbatter cunter ils problems che la UE na dumogna betg. Surpassaments da las regulaziuns tar ils transports da lunga distanza èn normals en la UE. Ils surpassaments ils pli frequents èn: surpassaments da la durada maximala, ina chargia memia gronda, intervals da bavrar e da pavlar che na vegnan betg resguardads, la mancanza da paraids da separaziun, documents d'accompagnament incumplets u falsifitgads sco er vehichels nunadattads. Il privel d'importar epidemias sto vegnir agiuntà.

L'ordinaziun vertenta permetta il transit da muvel, da bovs da l'aua, da nursas, da chauras e da portgs mo en il traffic da viafier u d'aviun (art. 57), (il transport d'asens, da chavals e da giaglinom n'è betg reglà). Il cussegl federal po – or d'atgna cumpetenza – eliminar questa disposiziun en l'ordinaziun. Fin ussa ha el dentant empermess pliras giadas a la publicitad da betg vulair sacrificitar quest scumond. Ussa hai num da chattar ina schliaziun legislativa per tut il muvel da maz, e quai per ch'il cussegl federal n'haja er giuridicamain betg la pussaivladad da sacrificitar questa disposiziun en las tractativas cun la UE. La CSEC dal cussegl naziunal ha approvà l'onn passà unanimamain l'iniziativa parlamentara Marty Kälin che aveva pretendi in scumond dal transport da muvel da maz viv tras la Svizra sco er controllas da cunfin pli rigurusas per ils transports d'animals. La CSEC dal cussegl dals chantuns ha ussa refusà nunspetgadamain l'iniziativa parlamentara cun 6 cunter 4 vuschs. Sch'ils cunfins vegnissan averts per transports internaziunals d'animals, pudess la Svizra daventar il center dals transports da muvel da maz scandalus da la UE. Ella daventass er culpabla dals maltractaments crudaivels d'animals sin las vias europeicas. La finamira duess esser, ch'ils animals ch'èn destinads a la meztga, na vegnian betg charrads vivs a travers l'Europa e la Svizra. La finamira da lunga durada duess esser, ch'ils animals vegnian mazzads en la vischinanza da lur lieu d'origin.

La regenza vegn supplitgada da s'engaschar per in scumond general dal transit da muvel da maz viv tras la Svizra e d'intervegnir correspondentamain tar ils posts federals cumpetents.

Cuira, ils 12 da favrer 2008

Gartmann-Albin, Stiffler, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Berther (Mustér), Berther (Sedrun), Bleiker, Blumenthal, Brüesch, Bucher-Brini, Bundi, Campell, Casty, Christoffel-Casty, Darms-Landolt, Dermont, Dudli, Federspiel, Frigg-Walt, Hasler, Jaag, Jäger, Märchy-Michel, Menge, Montalta, Pfiffner-Bearth, Pfister, Stoffel, Thöny, Thurner-Steier, Trepp, Vetsch (Claustra Vitg), Grendelmeier, Locher Benguerel, Loi, Monigatti



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

29 d'avrigl 2008

6 da matg 2008

495

Incumbensa Gartmann-Albin

concernent ina intervenziun cunter ils transports da muvel da maz da la UE
sin las vias svizras

Resposta da la regenza

Il transport da transit da muvel da maz, da nursas, da chauras e da portgs sin las vias è scumandà tenor il dretg vertent (cfr. art. 57f da l'ordinaziun davart la protecziun dals animals, OPAn; CS 455.1). Permess èsi unicamain da passar tras la Svizra cun animals en il traffic da viafier u d'aviun, in fatg che na vegn dentant gia dapi onns betg pli pratitgà per mancanza da las infrastructuras ch'èn necessarias per quai. En il sboz da consultaziun tar la revisiun da l'ordinaziun davart la protecziun dals animals na vegn il scumond da transit betg pli menziunà explicitamain. Tenor il rapport da consultaziun è in tal scumond dentant puspè vegnì pretendì cun franchezza. En la nova ordinaziun davart la protecziun dals animals (OPAn) – ch'entra probablmain il 1. da settember 2008 – en vigur è il scumond pia puspè cuntegnì (cf. art. 175 nOPAn).

Per motivs da la sanadad d'animals resp. da la polizia d'epidemias d'animals na vegni dentant betg ad esser pussaivel da mantegnair il scumond a lunga vista, perquai che l'equivalenza cun la UE è da princip gia dada sin quest champ. L'equivalenza exista dentant bain mo per las malsognas contagiusas las pli impurtantas. I dat pia differenzas considerablas tranter la UE e la Svizra concernent il status da la sanadad, cunzunt pertutgant malsognas che n'èn betg cuntegnidas en la cunvegna, sco p.ex. la IBR dal muvel, la CAE da las chauras u differentas malsognas dals portgs e dal giaglinom. Il privel d'importar questas malsognas tras transports da transit na po betg vegnir exclus dal tuttafatg, è dentant plitost improbabel.

Ultra da quai vala l'equivalenza da princip sin il champ da la protecziun dals animals, uschia ch'il scumond è qua a lunga vista problematic. Perencunter exista l'equivalenza de facto mo formalmain, perquai ch'i dat anc in enorm basegn d'agir en

la UE concernent l'execuziun da la protecziun dals animals. Malgrà che la UE ha fatg constantamain meglieraziuns, èn resultads mo paucs progress relevants per avischnar ils differents nivels. D'ina equivalenza effectiva na pon ins per entant anc betg discurren.

Sin plaun federal han actualmain lieu discurs cun la UE, en ils quals la Svizra s'engascha anc adina cunter il transit da muvel da maz. Ella vul mantegnair il scumond principalmain pervia da la discrepanza en l'execuziun da la protecziun dals animals. I na po dentant betg vegnir exclus che la UE pudess augmentar – en il rom da futuras tractativas – il squitsch da sias pretensiuns d'abolir il scumond da transit per facilitar il commerzi cun animals e cun victualias che derivan d'animals e da reducir las controllas veterinaras da cunfin.

I po pia vegnir constatà, ch'igl exista bain in tschert basegn d'agir. Quai conferma er il fatg ch'en differents chantuns – sco Lucerna, Son Gagl u Turitg – vegnan fatgas discussiuns sumegliantas. La libertad d'agir da la regenza per obtegnair in scumond da transit da muvel da maz viv tras la Svizra è dentant fitg pitschna. D'ina vart èn ils discurs respectivs cun la UE chaussa da la confederaziun, da l'autra vart s'engascha la confederaziun vinavant cleramain a favur d'in scumond e la finala vegn il scumond statuì tras la nova ordinaziun davart la protecziun dals animals.

En il rom da sias pitschnas pussaivladads è la regenza pronta d'intervegnir tar ils posts federals cumpetents, per ch'il scumond da transports da transit d'animals tras la Svizra vegnia abolì, cur che l'equivalenza effectiva – particularmain areguard la polizia d'epidemias d'animals e cunzunt er areguard l'execuziun da la protecziun dals animals – tranter la Svizra e la UE exista. Sin fundament dals fatgs preschentads na po la regenza percurer betg s'engaschar per in scumond general dal transit da muvel da maz viv tras la Svizra, sco ch'el vegn pretendì da las incumbensadras e dals incumbensaders. Ella propona perquai al cussegl grond da refusar l'incumbensa.



En num da la regenza

Il president:

Stefan Engler

Il chancelier:

dr. C. Riesen

I N C A R I C O**concernente l'intervento contro i trasporti su strade svizzere di animali vivi da macello provenienti dall'UE**

La decisione della CSEC del Consiglio degli Stati di non inserire nella legge sulla protezione degli animali il divieto di transito per i trasporti di animali da macello invia un segnale sbagliato all'UE. Solo un divieto esplicito a lungo termine impedirà ai trasportatori dell'UE di attraversare la Svizzera con il loro carico di animali vivi.

Si stima che siano 30 milioni i cavalli, i bovini, i suini e gli ovini che ogni anno vengono sballottati attraverso tutta l'Europa su distanze estreme che possono raggiungere i 2'500 chilometri e un massimo di 90 ore di viaggio. Gli animali sono stipati in enormi camion che hanno fino a quattro piani di carico. Non esiste nemmeno una limitazione del tempo di trasporto, bensì unicamente la prescrizione di una pausa per l'approvvigionamento dopo 24 ore di viaggio.

Per fortuna, la Svizzera è stata risparmiata da simili situazioni, poiché per il momento simili trasporti di animali vivi da macello sulle nostre strade sono vietati. In caso di apertura delle frontiere, la Svizzera dovrebbe lottare contro gli stessi problemi che l'UE stessa non riesce a risolvere. Infrazioni nei trasporti sulle lunghe distanze sono all'ordine del giorno nell'UE. Le infrazioni più frequenti sono il superamento della durata massima di trasporto, una densità di carico eccessiva, il mancato rispetto degli intervalli di abbeveraggio e foraggiamento, la mancanza di pareti divisorie, documenti d'accompagnamento mancanti o falsificati, nonché veicoli inadeguati. A ciò si aggiunge il pericolo di importare epizootie.

L'ordinanza vigente permette il transito di bovini, bufali, ovini, caprini e suini limitatamente al traffico ferroviario e aereo (art. 57f), il trasporto di asini, cavalli e volatili non è disciplinato. Il Consiglio federale può di propria competenza escludere questa disposizione dall'ordinanza. Finora esso ha assicurato più volte all'opinione pubblica che non abbandonerà questo divieto. Si tratta ora di trovare una soluzione legislativa per tutti gli animali da macello, affinché il Consiglio federale non abbia più la possibilità, nemmeno dal punto di vista giuridico, di sacrificare questa disposizione sull'altare delle trattative con l'UE. Lo scorso anno, la CSEC del Consiglio nazionale ha approvato all'unanimità l'iniziativa parlamentare Marty Kälin, che chiedeva un divieto di transito in Svizzera di animali vivi destinati al macello, nonché maggiori controlli alle frontiere in caso di trasporti di animali. La CSEC CS ha ora, a sorpresa, respinto l'iniziativa parlamentare con 6 voti contro 4. Con un'apertura delle frontiere ai trasporti internazionali di animali, la Svizzera potrebbe diventare la piattaforma dei vergognosi trasporti di animali vivi da macello dell'UE. In questo modo si renderebbe corresponsabile dei crudeli maltrattamenti inflitti agli animali sulle strade europee. L'obiettivo dovrebbe essere quello di non trasportare per tutta l'Europa e attraverso la Svizzera gli animali vivi destinati al macello. L'obiettivo a lungo termine dovrebbe essere la macellazione degli animali vicino al loro luogo di provenienza.

Si chiede ora al Governo di impegnarsi per un divieto generale di transito attraverso la Svizzera di animali vivi destinati al macello e di intervenire in tal senso presso i competenti uffici federali.

Coira, 12 febbraio 2008

Gartmann-Albin, Stiffler, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Berther (Disentis), Berther (Sedrun), Bleiker, Blumenthal, Brüesch, Bucher-Brini, Bundi, Campell, Casty, Christoffel-Casty, Darms-Landolt, Dermont, Dudli, Federspiel, Frigg-Walt, Hasler, Jaag, Jäger, Märchy-Michel, Menge, Montalta, Pfiffner-Bearth, Pfister, Stoffel, Thöny, Thurner-Steier, Trepp, Vetsch (Klosters Dorf), Grendelmeier, Locher Benguerel, Loi, Monigatti



Seduta del

29 aprile 2008

Comunicata il

6 maggio 2008

Protocollo n.

495

Incarico Gartmann-Albin

concernente l'intervento contro i trasporti su strade svizzere di animali vivi da macello provenienti dall'UE

Risposta del Governo

Secondo il diritto vigente, il trasporto di transito di bovini, caprini, ovini e suini da macello sulle strade svizzere è vietato (cfr. art. 57f dell'ordinanza sulla protezione degli animali, OPAn; RS 455.1). Il transito di animali attraverso la Svizzera è permesso limitatamente al traffico ferroviario e aereo, ma non viene più praticato ormai da anni, a causa della mancanza delle infrastrutture necessarie.

Nell'avamprogetto di consultazione relativo alla revisione dell'ordinanza sulla protezione degli animali, il divieto di transito non è più stato esplicitamente menzionato. Secondo il rapporto di consultazione, un tale divieto è però di nuovo stato chiaramente richiesto. Il divieto è ancorato anche nella nuova ordinanza sulla protezione degli animali (nOPAn), che entrerà in vigore probabilmente il 1° settembre 2008 (cfr. art. 175 nOPAn).

Ciononostante, per motivi di salute degli animali, risp. di polizia delle epizootie, non sarà più possibile mantenere il divieto a lungo termine, siccome in questo settore l'equivalenza con l'UE è praticamente già una realtà. Tuttavia l'equivalenza a questo riguardo è data soltanto per le principali malattie contagiose. Esistono ad esempio notevoli differenze tra l'UE e la Svizzera riguardo al concetto di salute per malattie che non fanno parte dell'Accordo, come ad es. nel caso dell'IBR per i bovini, della CAE per i caprini o di diverse malattie che toccano i suini o il pollame. Il pericolo di importare queste malattie con i trasporti di transito non è perciò del tutto escluso, ma rimane piuttosto improbabile.

Inoltre, nel settore della protezione degli animali esiste l'equivalenza, motivo per cui a lungo termine il divieto risulta problematico anche a questo riguardo. Attualmente l'equivalenza esiste di fatto solo formalmente, dato che nell'UE esiste ancora un'enorme necessità di agire per quanto riguarda l'esecuzione della protezione degli animali. Nonostante i miglioramenti in corso da parte dell'UE, sono stati fatti soltanto

pochi progressi rilevanti per avvicinare i differenti livelli. Di conseguenza, in questo settore, fino a nuovo avviso, non si potrà ancora parlare di equivalenza.

Attualmente a livello federale sono in corso colloqui con l'UE nei quali la Svizzera continua a impegnarsi contro il transito di animali vivi da macello. La Svizzera insiste sul divieto principalmente per via della discrepanza nell'esecuzione della protezione degli animali.

Non si può tuttavia escludere che, nel quadro di trattative future, l'UE possa esercitare ulteriori pressioni finalizzate all'abolizione del divieto di transito e alla soppressione dei controlli veterinari di confine, allo scopo di agevolare il commercio di animali e di derrate alimentari di origine animale.

Si deve quindi constatare l'esistenza di una certa necessità d'azione. Ciò è anche dimostrato dal fatto che diversi Cantoni, come Lucerna, San Gallo o Zurigo stanno attualmente svolgendo discussioni simili. Il margine di manovra del Governo per ottenere un divieto di transito di animali vivi da macello attraverso la Svizzera è però praticamente inesistente, tanto più che i colloqui al riguardo con l'UE sono di competenza federale, che la Confederazione continua a impegnarsi in modo chiaro a favore di un divieto e che, non da ultimo, anche la nuova ordinanza sulla protezione degli animali statuisce questo divieto.

Il Governo è disposto ad adoperarsi, nei limiti delle proprie limitate possibilità, presso le competenti autorità federali, affinché il divieto di transito attraverso la Svizzera per trasporti di animali venga abrogato soltanto quando l'equivalenza effettiva tra la Svizzera e l'UE, per quanto riguarda la polizia delle epizoozie e soprattutto anche la protezione degli animali, in particolare l'esecuzione, sarà una realtà. A causa della situazione esposta, il Governo non può per contro impegnarsi per un divieto generale di transito attraverso la Svizzera di animali vivi destinati al macello, come richiesto dall'incarico. Chiede perciò al Gran Consiglio di respingere l'incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Stefan Engler

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen